

LMV am 25.02.08

Antrag für die Führung von Sondierungsgesprächen mit allen Parteien der Bürgerschaft nach der Wahl 2008

Antragsteller: Christopher Stark

Die schwierige und uneindeutige politische Konstellation in der Bürgerschaft erfordert bewegliches und strategisch nachhaltiges Denken in Bezug auf die Koalitionsfrage.

Die Linkspartei wird mit großer Wahrscheinlichkeit von nun an fester Bestandteil der Parteienlandschaft sein. Als Teil des mitte-linken Politikspektrums müssen sich auch die Grünen in Hamburg die Frage stellen, wie ihre grundsätzliche Positionierung zur Linkspartei aussehen wird.

Dieser Antrag zielt daher darauf ab, daß es neben den Gesprächen mit SPD und CDU auch Sondierungsgespräche zwischen der grünen Parteispitze und der Linkspartei geben muß. Ungeachtet von der derzeitigen geringen Wahrscheinlichkeit einer Koalition oder einer politischen Tolerierung durch die Linke soll Normalität und gegenseitige politische Akzeptanz zwischen Grün und „dunkelrot“ herrschen.

Dieser Antrag soll vor allem politisch-inhaltlich begründet sein:

Von 30 politischen Fragen im Wahl-o-mat der Bundeszentrale für politische Bildung für die Bürgerschaftswahl in Hamburg gibt es folgende Übereinstimmungen und Differenzen der Grünen mit den anderen Parteien der Bürgerschaft:

	CDU	SPD	Die Linke
Übereinstimmungen	6	18	21
Differenzen	24	12	9

Konsequenz aus der größten Übereinstimmung des grünen Wahlprogramms mit dem der Linkspartei muß sein, daß wir uns nach Bürgerschaftswahlen grundsätzlich auch mit der Linkspartei aktiv inhaltlich wie koalitionsstrategisch auseinandersetzen. Schließlich gibt es eine Mehrheit des linken Parteienspektrums. Rot-rot-grün kommt gemeinsam auf 50,1 % der Stimmen, wohingegen die Konservativen in Form der CDU-Stimmen lediglich auf 42,6% kommen.

Anstatt sich aus blindem Machtinstinkt zum Steigbügelhalter für eine konservative Politik machen zu lassen und damit die unsichere Zukunft der Christdemokratie zu sichern, sollte sich die grüne Partei lieber strategisch am linken Politikspektrum orientieren. Schließlich sind für SPD wie auch für die Linkspartei eine Schule für alle, verbindliche Volksentscheide oder die Ablehnung neuer Kohlekraftwerke eine Selbstverständlichkeit.